

Bundesratswahl durch Volk und Parlament

Ein Beitrag zur Konkordanz-Debatte

Von Reiner Eichenberger*

Das Schweizer Regierungssystem gilt als «halb-direkte» Demokratie, weil die Bürger zwar direkt zu Sachfragen Stellung nehmen können, aber nur indirekt – via Wahl der Bundesversammlung – über die Regierungszusammensetzung. Der Autor dieses Beitrags schlägt ein Modell vor, bei dem Volk und Parlament die Regierung im Zusammenspiel bestellen könnten.

Die kaum umstrittene Wahl von Bundesrätin Doris Leuthard hat altbekannte Nachteile des heutigen Bundesrats-Wahlverfahrens sichtbar gemacht. Dementsprechend hat sich auch die Diskussion um eine Verbesserung des Wahlverfahrens wieder intensiviert. Bisher blieb diese Debatte jedoch in den gewohnten Bahnen und drehte sich immer um die gleichen zwei Grundmodelle: Die einen schlagen vor, die Volkswahl des Bundesrates einzuführen. Das würde die Regierung aufwerten, so das Argument, es wäre demokratischer und würde verhindern, dass die Bundesratswahl zum Strategiespiel der Parteien um ihre Sitzzahl verkomme. Dagegen wenden die Befürworter des heutigen Systems oder milder Varianten davon ein, die Bundesratswahl durchs Parlament fördere den regionalen Ausgleich sowie das Kollegialitätsprinzip und mindere den Einfluss von Medien und Geld auf die Wahlen.

Symbiose mit «Bravo-Sympa-Verfahren»

Was also tun, wenn die Volks- und die Parlamentswahl des Bundesrates je gewichtige Vor- und Nachteile haben? Mein Lösungsvorschlag ist das *Bravo-Sympa-Verfahren* (als Abkürzung für Bundesratsauswahl durch das Volk in Symbiose mit dem Parlament). Volk und Parlament würden also den Bundesrat gemeinsam wählen. In einem ersten Schritt würde gemäss diesem Verfahren das Volk über die Zahl der Sitze pro Partei entscheiden, in einem zweiten Schritt würde dann das Parlament die Personen für die Sitze bestimmen. Mit anderen Worten: Das Volk bestimmt die Formel, das Parlament die Köpfe.

Diese Lösung vereint die Stärken der Volks- und der Parlamentswahl, unter Ausschluss ihrer Schwächen. Die Bürger können bestimmen, welche Parteien die Regierungspolitik prägen sollen. Das stärkt die Anreize der Parteien, im Sinne der Bürger zu politisieren. Gleichzeitig kann das Parlament mit der Auswahl der Köpfe den sprachregionalen Ausgleich und die Funktionsfähigkeit des Regierungsteams sichern. Besonders vorteilhaft ist schliesslich, dass die Bürger so den Einfluss der politischen Parteien in Exekutive und Legislative sowie Regierung und Opposition unabhängig steuern könnten. Im Parlament können die Wähler diejenigen Parteien stärken, die aus ihrer Sicht die Oppositionsrolle besonders gut spielen, und in die Regierung können sie die aus ihrer Sicht besonders regierungsfähigen Parteien wählen. Das ist heute nicht möglich. Denn heute ist jede Stimme für eine Partei im Parlament indirekt auch eine Stimme für sie als Regierungspartei. Damit schwächt das heutige Wahlverfahren nicht nur die Gewaltenteilung, sondern es verzerrt auch den Volkswillen. Denn es ist nur zu offensicht-

lich, dass Parlaments- und Regierungsarbeit zwei völlig verschiedene paar Schuhe sind und deshalb viele Bürger den einzelnen Parteien im Parlament und der Regierung ein unterschiedliches Gewicht geben möchten.

Mehr Macht für das Volk

Mit dem hier vorgeschlagenen *Bravo-Sympa-Verfahren* würden die Parteien bei Bundesratswahlen mit Spitzenkandidaten für die Bundesratssitze kandidieren. Da sie wissen, dass das Parlament die letzte Entscheidungsgewalt über die personelle Besetzung ihrer Sitze hat, würden sie möglichst Kandidaten vorschlagen, die auch für das Parlament wählbar wären. Umgekehrt würde es dem Parlament schwer fallen, solche von ihren Parteien vernünftig ausgewählte und in der Volkswahl erfolgreiche Spitzenkandidaten nicht zu bestätigen. Dieses Verfahren gibt deshalb dem Volk mehr Macht, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Weil es aber gleichzeitig auch dem Parlament das letzte Wort für die Personen-Entscheidung überlässt, gibt es Gewähr dafür, dass die Parteien Kandidaten portieren, die mit dem Kollegialitätssystem kompatibel sind, und dabei auch auf allgemein anerkannte Ziele wie den sprachregionalen Ausgleich Rücksicht nehmen.

Technisch ist das *Bravo-Sympa-Verfahren* einfach umzusetzen. Für die Bestimmung der Sitzzahl jeder Partei durch das Volk gibt es ein einfaches Verfahren. Jeder Bürger erhält sieben Stimmen, die er auf die Erst-, Zweit-, Dritt- und weiteren Sitze jeder Partei beliebig aufteilen kann. So kann er dann entweder dafür stimmen, dass seine Lieblingspartei sieben Sitze erhalten soll, oder er kann seine Stimmen auf verschiedene Parteien verteilen. Beispielsweise kann er so sieben Parteien je einen Erstsitz geben, oder er kann einer Partei einen Erst-, Zweit-, Dritt- und Viertsitz, einer anderen Partei einen Erst- und Zweitsitz und einer dritten Partei noch einen Erstsitz zuteilen. Als gewählt gelten dann die sieben Sitzbesetzungen mit den meisten Stimmen.

Differenziertere Mitsprache

Eine offensichtliche Stärke dieses Verfahrens ist damit, dass es den Bürgern erlaubt, ihre Präferenzen für parteilich gemischte Regierungen differenziert auszudrücken. Selbstverständlich kann das Verfahren auch variiert werden, z. B. indem das absolute statt des relativen Mehrs zählt und – falls nötig – mehrere Wahlgänge abgehalten werden. Das Verfahren hätte gegenüber den heute diskutierten Alternativen nur Vorteile, und es wäre zudem leicht umzusetzen. Angesichts des Zerfalls der Zauberformel, des zunehmenden Streits unter Parteien um ihre Sitzzahl und der damit einhergehenden Auseinandersetzungen im Bundesratskollegium wäre es deshalb an der Zeit, den Bundesrat schon möglichst bald durch Volk und Parlament gemeinsam wählen zu lassen.

* Der Autor ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg i. Ü.